

Pressekundgebung 23.10.2023
Wien, Parlament

Dr. René Sedmik (TU Wien / Scientists4Future)

Das IPCC hat in seinen letzten beiden Berichten, dem Special Report 1.5 und dem AR6 einmal mehr deutlich klargestellt, dass der Klimawandel eine Bedrohung für den Mensch und das Leben auf der Erde ist. Auch wenn die österreichische Politik dies nicht gerne hört, und beschwichtigt, steht das Wohlergehen der Menschheit auf dem Spiel. Wir sind, auch wenn wir dies machmal vergessen, von der Biosphäre abhängig, die wir gerade im großen Stil schädigen und zerstören. Dies ist ein erwiesener wissenschaftlicher Fakt und keine Verschwörungstheorie oder Meinung.

Um dieser Gefahr verantwortungsvoll zu begegnen und das Risiko für uns und zukünftige Generationen zu minimieren, müssen wir die Erwärmung global deutlich unter 2°C, wenn möglich unter 1.5°C halten. 2022 haben wir bereits 1.1°C erreicht, mit einem gemittelten Anstieg von etwas mehr als 0.2°C/Jahrzehnt, Tendenz steigend. Die derzeit getroffenen Maßnahmen und Gesetze sind ungenügend, um die Emissionen ausreichend einzudämmen. Das IPCC berechnete auf Basis geltender Gesetze, dass die wahrscheinlichste Erwärmung im Jahr 2100 +3.2°C beträgt.

Bei jeder Erwärmung über 1.5°C besteht die reale Gefahr des Auslösens von sogenannten Kipppunkten im Klimasystem, welche weitreichende und unumkehrbare Veränderungen sowie möglicherweise ein Außer-Kontrolle-Geraten der Erwärmung zur Folge hätten. Schon jetzt bei 1.1°C spüren wir die ersten, für uns noch relativ geringen Folgen der Erwärmung: Hitzewellen und vermehrte Schäden in der Land- und Forstwirtschaft durch Trockenheit, Starkregen, Überflutung, Wind, Borkenkäfer, etc. Die derzeit bei rund 2 Mrd. EUR liegenden Schäden pro Jahr werden laut der COIN Studie des Wegener Centers bis 2050 auf bis auf 11 Mrd. EUR/Jahr ansteigen. Es geht aus unzähligen Studien eindeutig hervor, dass eine sofortige und umfassende Änderung unseres Verhaltens zur Reduktion des Ausstoßes notwendig ist, und auch, dass das sofortige Einleiten der Energie- und Verkehrswende, für die Wirtschaft mittelfristig deutlich vorteilhafter ist (nämlich um einen Faktor 3-7), als jedes Verbleiben beim Status Quo.

Einen Eindruck vom Ernst der Lage bekommt man eventuell, wenn man betrachtet, dass sich die Klimazonen momentan mit 60-100 km/Jahr verschieben, mit entsprechenden Folgen für Flora und Fauna. Ein anderer einprägsamer Fakt ist vielleicht, dass es während des Höhepunktes der letzten Eiszeiten, wo Europa unter einer dicken Eisschicht begraben lag nur gemittelt 4°C kälter war, und dass wir am Ende des Jahrhunderts wahrscheinlich 3.2°C, also fast den gleichen Unterschied zwischen Eiszeit und unserem gewohnten Klima, in die andere Richtung gehen werden.

Es ist zweifelsfrei belegt, dass die Erwärmung durch die Verbrennung fossiler Energieträger sowie Abholzung, Bodenversiegelung, Zementherstellung und Landwirtschaft, also durch den Menschen verursacht wird. Natürliche Ursachen haben einen vernachlässigbaren Anteil.

Die Wissenschaft legt in unzähligen Reporten - auch hier in Österreich, wie zum Beispiel mit der unlängst erschienenen Stellungnahme zum Nationalen Energie- und Klimaplan - klare Handlungsempfehlungen vor, welche von einer verantwortungsvollen Politik umgesetzt werden müssten. Dazu gehören, um nur ein paar Beispiele zu nennen, verbindliche Pläne zur Umsetzung des Erneuerbaren Wärmegesetzes, ein beschleunigter Ausstieg aus Verbrennungsmotoren, Ökologisierung der Pendlerpauschale, Anpassung der Flächenwidmungskompetenzen, ökosoziale Steuerreform, Eliminierung der Subventionen für fossile Konzepte, Internalisieren der Klimakosten, und die Schaffung einer entsprechenden Infrastruktur und eines Gesetzesrahmens, der klimafreundliches Leben für die Bevölkerung ermöglicht. Das IPCC zeigt unmissverständlich, dass Verhaltensänderung im kritischen Zeitraum bis 2030 ein wesentlich größeres Potential zur Emissionsreduktion (nämlich 40-70%) hat, als Technologie. Ein Fokus auf unausgereifte Technologien, die nur geringes Potential haben, ist daher fahrlässig.

In der EU sind die Emissionen seit 1990 um 28% gefallen. In Österreich sind sie im selben Zeitraum um 4% gestiegen. Österreich ist also kein Musterbeispiel. Betrachtet man die konsumbereinigten Emissionen, so stößt jede Österreicherin mit rund 10t CO₂/Jahr 20% mehr aus als der EU Durchschnitt und doppelt so viel wie die durchschnittliche Erdenbürgerin. In China sind es übrigens 7t. Kumulativ gesehen, hat Österreich 0.33% zum in der Atmosphäre befindlichen CO₂ beigetragen, hat aber nur 0.11% der Weltbevölkerung. Wenn wir es so betrachten, haben wir unseren Fair Share also schon um 200% überzogen und hätten gar kein Budget mehr. Österreich hat also 3x so viel zum Klimawandel beigetragen, wie ihm zusteht und müsste daher, aus Fairness, 3x so große Ambitionen beim Klimaschutz an den Tag legen. Stattdessen kommt von Spitzenpolitiker:innen ein Bekenntnis zum Individualverkehr und ein aus wissenschaftlicher Sicht rückwärtsgewandter Fokus auf Verbrennungsmotoren.

Österreich hat sich verpflichtet, bis 2030 seine Emissionen um 48% gegenüber 2005 zu reduzieren, und ab 2040 eine Netto-Null beim Ausstoß zu erreichen. Die Wissenschaft zeigt ganz klar, dass diese Ziele weder mit den derzeit beschlossenen Gesetzen, noch mit den im Nationalen Energie- und Klimaplan stehenden Maßnahmen erreicht werden können. Sie zeigt auch eine breite Palette von realistischen Handlungsoptionen auf. Es liegt an der Politik und den 183 Nationalratsabgeordneten, die Bevölkerung in Bezug auf den Klimawandel aufzuklären, und damit die Basis für eine demokratisch gestützte Umsetzung der notwendigen Maßnahmen zu schaffen. Die Forderungen der Aktion 183 Stunden für das Klima sind daher angemessen und wissenschaftlich begründet.